

Wer demonstriert in Dresden für Pegida? Ergebnisse empirischer Studien, methodische Grundlagen und offene Fragen

Prof. Dr. Karl-Heinz Reuband¹

1. Einleitung

Es gibt keine andere Protestbewegung in den letzten Jahren, die in ihrer Dynamik so sehr überrascht hat, wie die „Pegida“.² Waren es zu Beginn am 20. Oktober letzten Jahres gerade mal 350 Personen, die sich in Dresden eingefunden hatten, um gegen eine „Islamisierung des Abendlandes“ und die deutsche Migrations- und Asylpolitik zu demonstrieren, waren es gegen Ende des Jahres mehr als 17.000 und zu Beginn des neuen Jahres am 12.01.2015 – Polizeischätzungen zufolge – sogar 25.000.³ Von Woche zu Woche war die Zahl der Teilnehmer gewachsen und dies in geradezu explosionsartiger Weise.

Spekulationen über die soziale Rekrutierung der Teilnehmer und die Motive machten in den Medien und der Politik schnell die Runde. Und ebenso Vermutungen, warum die Bewegung gerade in Dresden so sehr Menschenmassen zu mobilisieren vermochte. Mögliche Gründe, die vorgebracht wurden, reichten von historischen Traditionen, „sächsischen Mentalitäten“ über bürgerliche Abgrenzungstendenzen bis hin zum Rekurs auf Dresden als „Tal der Ahnungslosen“ (damit anspielend auf die Zeit der DDR, als man dort kein Westfernsehen empfangen konnte).⁴ Dresden geriet in den Augen mancher Betrachter zu einem Hort der Rückständigkeit, der Fremdenfeindlichkeit und des Rassismus.

Inzwischen sind erste Ergebnisse empirischer Studien zu den Pegida-Demonstrationen der Öffentlichkeit vorgelegt worden: es handelt sich um Studien, die unabhängig voneinander entstanden sind. Auch wenn

sie jeweils etwas andere Akzente setzen und in ihrem methodischen Vorgehen nur partiell vergleichbar sind, kann man sie dennoch als ergänzend und komplementär begreifen. Durchgeführt wurden die Erhebungen von einem Team von Hans Vorländer (TU Dresden), Dieter Rucht (WZB/Verein für Protest- und Bewegungsforschung), Franz Walter (Institut für Demokratieforschung, Universität Göttingen), Werner J. Patzelt (TU Dresden) und Wolfgang Donsbach (TU Dresden).⁵

Im Folgenden sollen die fünf Studien in ihrem methodischen Vorgehen und in ihren grundlegenden Erkenntnissen dargestellt werden. Dabei beziehen wir uns im Wesentlichen auf die derzeit verfügbaren Ergebnisse (bislang meist nur auf den jeweiligen Homepage veröffentlicht), partiell ergänzt durch Ergebnisse eigener Befragungen in der Dresdner Bevölkerung. Es geht darum, Unterschiede und Gemeinsamkeiten der unterschiedlichen Studien herauszuarbeiten und deutlich zu machen, wo offene Fragen bestehen und alternative Deutungen möglich sind.

In einem ersten Teil soll zunächst das methodische Vorgehen der Studien dargestellt werden und in diesem Kontext speziell auch der Frage nach der Teil-

⁵ Zur Vorländer-Untersuchung siehe H. Vorländer, M. Herold und S. Schäler: Wer geht zu PEGIDA und warum? Eine empirische Umfrage unter PEGIDA-Demonstranten in Dresden. Dresden 2015 (http://tu-dresden.de/die_tu_dresden/fakultaete_n/philosophische_fakultaet/ifpw/poltheo/news/studie_vorlaender_herold_schaeller). Die zuerst auf einer Pressekonferenz vorgestellte Präsentation findet sich unter <https://tu-dresden.de/aktuelles/news/Downloads/praespeg>. Zur Untersuchung von Dieter Rucht und Ko-Autoren siehe „Protestforschung am Limit. Eine soziologische Annäherung an Pegida“, Berlin 2015 (im Folgenden als Rucht-Studie zitiert) ([http://donsbach.net/aktuell-unsere-studie-zu-was-erkl%C3%A4rt-sympathie-f%C3%B9Cr-pegida/](http://www.wzb.eu/de/presse- mitteilung/untersuchung-zur-dresdner-pegida-demonstration; zur Untersuchung von Franz Walter (im Folgenden als Walter-Studie zitiert) siehe F. Walter: „Studie zu Demos in Dresden: Psychogramm der Pegida-Anhänger“ in Spiegel-Online sowie ergänzenden Erläuterungen auf seiner Homepage (www.spiegel.de/politik/deutschland/pegida-franz-walter-legt-studie-zu-demonstranten-in-dresden-vor-a-1013688.html, www.demokratie-goettingen.de/blog/studie-zu-pegida). Des Weiteren siehe dazu die jüngst erschienene Monographie: L. Geiges, S. Marg und F. Walter: PEGIDA. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft? Bielefeld 2015. Zur Donsbach-Studie siehe „Welche Einstellungen führen zu Pegida? Neue Umfrage der Dresdner Kommunikationswissenschaft“. Pressemitteilung (<a href=)), W. Donsbach: Projekt ZIGEDD: Pegida. Erste Ergebnisse. PP-Präsentation, 29.01.2015; zur Patzelt-Studie siehe W. Patzelt (in Zusammenarbeit mit P. Buchallik, S. Scharf und C. Paul): Was und wie denken PEGIDA Demonstranten? Analyse der PEGIDA-Demonstranten am 25. Januar 2015, Dresden. Ein Forschungsbericht. Dresden 2015 (http://tu-dresden.de/die_tu_dresden/fakultaeten/philosophische_fakultaet/ifpw/polsys/for/pegida) [letzter Zugriff jeweils am 23.03.2015].

¹ Der Autor ist Professor für Soziologie, Institut für Sozialwissenschaften, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

² Pegida = „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“, als Verein unter der Bezeichnung „Pegida – Patriotische Europäer. Gemeinsam sind wir stark.“

³ Andere Schätzungen, wie die von Dieter Rucht, gehen von niedrigeren Werten aus. Am Tatbestand eines geradezu explosionsartigen Anstiegs der Teilnehmerzahlen ändert sich dadurch freilich nichts.

⁴ Vgl. u.a.: www.berliner-zeitung.de/meinung/kolumne-zur-fremdenangst-in-dresden-pegida-eine-alte-dresdner-eigenheit,10808020,29338774.html; www.focus.de/politik/deutschland/tal-de-r-ahnungslosen-historiker-fehlendes-westfernsehen-grund-fuer-pegida-zulauf_id_4412465.html (letzter Zugriff 23.03.2015).

nahme an der Befragung nachgegangen werden: Wie sehr gilt, dass man – wie einige Kritiker meinen – über die typische Zusammensetzung der Teilnehmer eigentlich gar nichts sagen kann, allenfalls dass sie sich nicht befragen lassen? Wie sehr ist Nichtkooperation ein Problem, und welche Aussagekraft haben die Befragungen?

2. Methodische Anlage der Untersuchungen und ihre Probleme

2.1 Erhebungsverfahren und Stichprobenziehung

Die fünf der genannten Studien machen – in jeweils unterschiedlichem Umfang – von verschiedenen Erhebungsverfahren Gebrauch. Dazu zählt u.a. die Auswertung von Webseiten, die Nutzung von Sekundärquellen, Beobachtungen und Gruppendiskussionen. Alle verwenden zugleich jedoch auch standardisierte Befragungen mit dem Anspruch auf Generalisierbarkeit. Entsprechend ist nicht die Selbstrekrutierung interessierter Befragter das Auswahlprinzip, sondern eine vom Interviewer nach festen Regeln durchgeführte Auswahl. Dies bedeutet – mit Ausnahme der Untersuchung von Patzelt – die Wahl einer Zufallsstichprobe. Bei Patzelt handelt es sich um eine Quotenstichprobe, bei der die Altersverteilung der Vorländer- und der Rucht-Untersuchung dem Quotenplan zugrunde gelegt wurde.

Mit Ausnahme der Donsbach-Studie, die sich auf ein Access-Panel Dresdner Bürger stützt, wurden die Befragten am Ort des Demonstrationsgeschehens kontaktiert. Die Demonstration am 12.01.2015 (sie war bislang die größte und reiht sich ein in die abendlichen Montags-Demonstrationen mit Marsch durch Dresden) repräsentiert dabei diejenige, an der die meisten Forschungsteams aktiv waren: Unabhängig voneinander rekrutierten an diesem Abend Vorländer, Rucht und Walter ihre Befragten. Zuvor hatte Vorländer bereits zwei kleinere Befragungen als Pilot-Studien durchgeführt (am 22.12.2014 und 05.01.2015). Sie sind Bestandteil seiner Gesamterhebung, auf die er sich in seiner Analyse stützt. Bei Patzelt fand die Befragung am 25.01.2015 statt. Die Demonstration an diesem Tag unterschied sich von den vorhergehenden dadurch, dass sie an einem Sonntagnachmittag und bei Tageslicht an einem stationären Ort, dem Theaterplatz, abgehalten wurde.

In der Praxis der Stichprobenziehung differieren die Studien leicht. Bei Vorländer wurden die Teilnehmer an den Zugangswegen vor Beginn der Veranstaltung kontaktiert. Bei Patzelt wurde eine flächenmäßige Aufteilung am Ort des Demonstrationsgeschehens

vorgenommen und eine Auswahl segmentspezifisch nach Quotenplan betrieben (was durch die stationäre Demonstration bei Tageslicht ermöglicht wurde). Bei Rucht hatten die Teams die Instruktion, „an welchen Stellen sie von beiden Seiten des Demonstrationszugs aus Handzettel ausgeben sollten“. Dabei sollte darauf geachtet werden, nicht bevorzugt das eigene Geschlecht oder die eine Altersgruppe auszuwählen, sondern dies entsprechend der „wahrgenommenen Verteilung des Demonstrationszugs“ zu tun. Bei Walter verteilten die Teams vor und während der Demonstrationen so lange Einladungsschreiben zur Teilnahme bis – so schreiben sie – eine „große Sättigung erreicht war“, gemessen an der Reaktion der Kontaktierten, man habe einen Handzettel bereits erhalten.⁶

Während bei Vorländer und Patzelt eine mündliche Kurzbefragung am Ort der Demonstration gewählt wurde, entschieden sich Rucht und Walter für eine Online-Befragung: Die befragungsbereiten Demonstranten erhielten ein Blatt mit einem QR-Code, mit dessen Hilfe sie sich zu Hause im Internet in den Fragebogen einloggen und ihn beantworten konnten. Bei der Kontaktaufnahme wurden allenfalls einige wenige Merkmale erhoben. Bei Walter waren dies Geschlecht, Wohnort, Alter, Erverbsverhältnis und Teilnahmehäufigkeit an den Pegida-Demonstrationen, bei Rucht Geschlecht und Teilnahmehäufigkeit an den Demonstrationen. Bei Vorländer fanden sich 36 % der angesprochenen Personen zu einem Interview bereit. Bei Patzelt, der sich auf eine bessere Ausgangsbasis, eine stationäre Demonstration tagsüber, stützen konnte, waren es sogar 49 %. Bei Rucht nahmen 37 % den Handzettel mit dem QR-Code für die Online-Befragung entgegen. Wie viele es bei Walter waren, ist unbekannt (entsprechende Informationen sind in den Publikationen nicht aufgeführt).

Das zweistufige Verfahren, das von Rucht und Walter gewählt wurde, hat – so sehr es auch manche Vorteile (wie längerer Fragebogen, Anonymität etc.) bietet – einen gravierenden Nachteil: die Ausschöpfungsquote von Online-Befragungen ist normalerweise recht gering. Und es werden bevorzugt die internetaffinen Personen angesprochen (was eine bevorzugte Teilnahme von Jüngeren und besser Gebildeten bedingt). Bei Rucht nahmen so denn auch nur 18 % derer, die

⁶ Angesichts einer Beteiligung von rund 25.000 Demonstranten (nach Rucht waren es 17.000), fällt es schwer, sich eine Konstellation der „Sättigung“ vorzustellen. Denkbar ist dies nur, wenn sich Interviewer innerhalb eines kleinen Segments von Demonstranten bewegen. Alles in allem dürfte die Vorländer-Studie methodisch gesehen, von der Stichprobenziehung her die beste darstellen. Zum Vorgehen vgl. Vorländer, a.a.O., S. 14ff.; Rucht, a.a.O. (Anm. 7); Patzelt, a.a.O., S. 4; Walter, Kap. 3.

einen Handzettel erhielten, an der Online-Befragung teil. Bei Walter waren es sogar nur 14 %. Umgerechnet auf die Ausgangsbasis – die Personen, die kontaktiert wurden –, liegt die Ausschöpfungsquote bei Rucht nicht höher als 7 %. Wäre man nicht der Faszination einer Online-Befragung erlegen und hätte die Methode einer schriftlich-postalischen Erhebung gewählt, hätte man wahrscheinlich weitaus höhere Werte, von 50 % und mehr, erzielen können.⁷

2.2 Kooperation und Nichtkooperation in den Befragungen: welchen Stellenwert hat die Ausschöpfungsquote?

Dass niedrige Ausschöpfungsquoten die Aussagekraft der Ergebnisse beeinträchtigen, sie gar in Frage stellen, ist vor allem im Zusammenhang mit der Vorländer-Studie zu einem Thema der Diskussion geworden. Dass es diese Studie traf, ist kein Zufall: sie war die erste, die veröffentlicht wurde. Und sie erbrachte in der Frage der sozialen Zusammensetzung und der Protestmotivation Ergebnisse, die weithin verbreiteten Annahmen widersprachen: Nicht nur dass vom Sozialprofil her die Demonstranten als „Normalbürger“ erschienen, auch die Zentralität der Islamfeindlichkeit als primäres Protestmotiv wurde in der Studie in Frage gestellt.

Der entscheidende Mangel – so die Kritik – sei, dass sich nicht eine Mehrheit, sondern nur eine Minderheit an der Befragung beteiligt hätte. Unter diesen Umständen seien die Ergebnisse nahezu wertlos. Die xenophoben und rechtsradikalen Teilnehmer wären sicherlich nicht repräsentiert. Und auch das Bild weitgehender Normalität im soziodemographischen Aufbau wäre wohl eher eine Folge selektiver Teilnahme. Eine angemessene Stichprobe könne man bei Massenveranstaltungen ohnehin kaum ziehen. Angesichts dessen sei es unmöglich, von irgendeiner Art von Repräsentativität der Ergebnisse zu sprechen.⁸

⁷ Dass man bei Wahl einer schriftlich-postalischen Befragung bei Demonstrationen durchaus erfolgreich sein kann, hat nicht zuletzt Dieter Rucht selbst in früheren Arbeiten gezeigt: so sandten auf der Friedensdemonstration im Jahr 2003 in Berlin, den Protesten gegen Harz IV im Jahr 2004 und gegen Stuttgart 21 im Jahr 2010 rund 50 % und mehr der angesprochenen Personen den Fragebogen ausgefüllt zurück. Siehe D. Rucht, B. Baumgarten, S. Teune und W. Stuppert: Befragung von Demonstranten gegen Stuttgart 21 am 18.10.2010, Pressekonferenz am 27.10.2010 (www.wzb.eu/de/pressemitteilung/fuer-mehr-transparenz-und-direkte-demokratie; letzter Zugriff 23.03.2015). Zu den Möglichkeiten und Strategien schriftlich-postalischer Befragungen siehe K.H. Reuband: Schriftlich-postalische Befragungen, in: N. Baur und J. Blasius, Hrsg., Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung, Wiesbaden 2014, S. 643-660.

Die Kritik führt in die Irre. In der methodischen Anlage der Stichprobenziehung und Durchführung der Befragung ist die Vorländer-Studie in vielerlei Hinsicht geradezu vorbildlich, und in ihrer Ausschöpfung ist sie sogar höchst erfolgreich. Selbst hochprofessionelle wissenschaftlich ausgerichtete Bevölkerungsumfragen, die mündlich face-to-face zu nicht sensiblen Themen durchgeführt werden (wie ALLBUS oder SOEP), erreichen heutzutage in Deutschland nur unter großem Aufwand eine derartige Teilnahme-rate. Bei Telefonbefragungen liegt der Wert noch weitaus niedriger.

Dass eine Beteiligung von lediglich einem Drittel Ergebnisse in nennenswertem Maße verzerrt, ist – anders als oft unterstellt⁹ – ohnehin nicht zwingend. Höhe der Ausfallquote und Ausmaß der Verzerrung gehen nicht notwendigerweise parallel. Entscheidend ist, ob der Ausfall in systematischer Weise mit dem Untersuchungsthema korreliert.¹⁰ Zwar ist anzunehmen, dass sich der harte Kern der Extremisten und Ausländerfeinde einer Befragung eher entzieht.¹¹ Doch hält sich dieses Problem angesichts der Größenverhältnisse in Grenzen. Die Gruppe stellt lediglich eine Minderheit unter den Demonstranten dar.

Dass Patzelt nahezu 50 % der angesprochenen Personen befragen konnte, spricht für eine relativ große Aufgeschlossenheit der Pegida Teilnehmer.¹² Und

⁸ Die Kritik an der Vorländer-Studie entwickelte sich z.T. zuerst in der Blogger-Szene und schwappte dann in die Medienberichterstattung über (wobei manche der Blogger fälschlicherweise als Wissenschaftler bezeichnet und deren Kritik dann als Äußerungen aus der Wissenschaft deklariert wurde). Siehe z.B. entsprechende Verweise in Beiträgen der Wirtschaftswoche, der Leipziger Volkszeitung, dem MDR, der WELT: www.wiwo.de/politik/deutschland/...vorlaender...pegida.../11240084.html; www.lvz-online.de/.../pegida/...an-pegida.../r-pegida-a-270965.html; www.mdr.de/fakt/fakt_pegida_studie_kritik100.html; www.welt.de/politik/deutschland/artikel136426537/Wie-fremdenfeindlich-sind-Pegida-Anhaenger-wirklich.html (letzter Zugriff 23.03.2015).

⁹ Lange Zeit wurde in der Sozialforschung der Anspruch vertreten, man müsse mindestens eine Ausschöpfungsquote von 70 % erreichen, später waren es dann 50 %. Inzwischen weiß man aus Studien u.a. des ALLBUS, dass auch bei einer Quote von einem Drittel das Ausmaß der Verzerrung in der Soziodemographie nicht steigen muss.

¹⁰ Dazu vgl. auch A. Diekmann: Empirische Sozialforschung, Reinbek 2007, S. 425.

¹¹ So berichtet z.B. Patzelt, dass den Interviewern die Vorgabe gemacht wurde, auch die Problemgruppe der jüngeren Männer mit Aussehen von Rechtsextremisten und Hooligans anzusprechen, und von ihnen hätte der größte Teil das Interview verweigert. Siehe Patzelt, a.a.O. S. 4, Anm. 4.

¹² Hier mag auch eine Rolle gespielt haben, dass es sich – anders als bei den anderen Befragungen – um eine stationäre Demonstration am Theaterplatz handelte, bei Tageslicht. Die

dafür spricht auch, dass die Ablehnung der Interviewanfragen in den verschiedenen Untersuchungen mehrheitlich nicht aggressiv erfolgte. „Bei allen Schwierigkeiten, auf die Journalisten offenbar im Zuge ihrer Vor-Ort-Arbeit bei Pegida gestoßen sind“, resümiert z.B. Walter, „hat uns die Bereitschaft der Teilnehmer, sich auf unsere wissenschaftliche Erhebung einzulassen, überrascht“. Viele hätten die Befragung begrüßt („Endlich hört uns jemand zu“).¹³

Dass die Höhe der Ausschöpfungsquote nicht notwendigerweise etwas über das Ausmaß der Verzerrung der Ergebnisse aussagt, gilt theoretisch natürlich ebenso für die Online-Befragungen von Rucht und Walter. Nur ist die Quote mit Werten weit unter 10 % derart niedrig, dass man hier schon eher mit Verzerrungen rechnen muss, verstärkt durch die Wahl einer Online-Befragung. Gleichwohl ist dies kein Grund, die Ergebnisse von vornherein – ohne weitere Prüfung – als wertlos zu betrachten und aus der Diskussion auszuklammern. Man muss die Befunde nur mit der gebotenen Vorsicht, unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen methodischen Eigenheiten, in die Analyse einbeziehen. Und man muss mehr als in den anderen Studien bemüht sein, sie mit anderen Befunden in Beziehung zu setzen, um das Ausmaß an Konsistenz in den Befunden zu bestimmen.

3. Soziodemographisches Profil und politische Orientierungen der Pegida-Teilnehmer

3.1 Pegida – ein Dresden typisches Phänomen? Die regionale Herkunft der Teilnehmer

Die Tatsache, dass Pegida in Dresden so viele Menschen in kurzer Zeit zu mobilisieren vermochte, hat für viele Beobachter die Frage aufgeworfen, was die Dresdner von den Bewohnern anderer ost- und westdeutscher Städte unterscheidet und sie für derartige Proteste anfällig macht. Dabei wird üblicherweise unterstellt, dass die Mehrheit der Teilnehmer aus Dresden stammt. Doch der Ort einer Demonstration sagt nicht notwendigerweise etwas über die Herkunft der Demonstranten aus. Dresden könnte u.a. auch deswegen ein bevorzugter Ort der Demonstration sein, weil sich der Protest dort als erstes entwickelte und etablierte und Dresden der Sitz der Landesregierung ist. Entsprechend könnte sich zum Protest ein

breiter Kreis von Personen auch aus dem Umland eingefunden haben.

Darüber hinaus ist es eine offene Frage, wie sehr sich in der lokalen Verbreitung der Proteste die Verbreitung ausländerfeindlicher Einstellungen widerspiegelt. Zum einen müssen sich Einstellungen nicht notwendigerweise in Form von Protesten niederschlagen – dies hängt auch von der Gelegenheitsstruktur des Protestes ab. Was bedeutet: an manchen anderen Orten kann das gleiche Potential des Protests vorhanden sein, aber es muss sich bislang nicht in entsprechendes Handeln umgesetzt haben. Zum anderen geht es, wie es Vorländer in seiner Untersuchung gezeigt hat, den Dresdner Pegida-Teilnehmern nicht nur um Asylbewerber, Migration oder Islam. In maßgeblicher Weise drückt sich in den Protesten auch ein Protest gegen das politische Establishment und mangelnde Einflussmöglichkeiten der Bürger auf die Politik aus. Und schließlich ist zu bedenken, dass sich im Vorkommen von Protest – unabhängig von den jeweiligen Issues – auch eine generelle Bereitschaft zu unkonventionellen Formen politischer Partizipation widerspiegeln kann. Die Bereitschaft dazu könnte lokalspezifisch variieren.

Nach den vorliegenden Befunden bilden die Dresdner tatsächlich nicht die Mehrzahl der Teilnehmer. Ihr Anteil liegt der Vorländer-Untersuchung zufolge bei ca. 40 %. Die anderen Untersuchungen erbringen nahezu die gleichen Größenverhältnisse.¹⁴ Es sind vor allem Personen aus dem Umland, die das Gros der Teilnehmer stellen. Deren Orientierungen müssen nicht mit denen der Dresdner identisch sein. So weist die Sächsische Schweiz z.B. seit längeren einen überproportional hohen Stimmenanteil für rechtsextreme Parteien auf.¹⁵ Auch mag es sein, dass die Unterbringung von Asylbewerbern dort größere Irritationen hervorruft als in Dresden. Die Tatsache, dass es sich um Orte mit geringer Einwohnerzahl handelt, mag ebenso Einfluss genommen haben wie die Tatsache, dass viele Orte einen sozialen Niedergang erfahren haben, einhergehend mit Deindustrialisierung, Arbeitslosigkeit und Einwohnerschwund.

Umfragen in der Bevölkerung legen nahe, dass die Dresdner in der Tat in Sachsen eine unterdurchschnittlich ausländerkritische Position einnehmen. In

Quote hätte sogar noch höher sein können, berichten die Autoren, wäre nicht von etlichen Angesprochenen die plausible Begründung gegeben worden, man wolle den Rednern zuhören (Patzelt, a.a.O., S. 4).

¹³ Vgl. dazu Vorländer et al. a.a.O., S.32, Patzelt et al., a.a.O., S. 3 (Anm. 4); Geiges et al., a.a.O., 2015, Kap. 3.

¹⁴ In der Vorländer-Untersuchung stammen 40 % aus Dresden, 41 % aus anderen Orten Sachsens, 9 % aus anderen ostdeutschen Orten und 6 % aus Westdeutschland (Vorländer et al., a.a.O., S. 56), in der Rucht-Untersuchung stammen 44 % aus Dresden, in der Walter-Untersuchung 38 %.

¹⁵ Die Kommunalwahl in Sachsen im Jahr 2014 erbrachte z.B. für die NPD in der Sächsischen Schweiz einen Stimmenanteil von 6,5 %, in Dresden von 2,8 %.

keinem der Dresdner Ortsamtsbezirke wird ein Wert erreicht, der für Sachsen typisch ist.¹⁶ Entsprechend könnte man vermuten, dass die Pegida-Teilnehmer, die von außerhalb Dresdens kommen, häufiger ausländerkritische Ansichten vertreten als die Dresdner selbst. Man könnte dies auch erwarten, weil der Weg nach Dresden aus dem Umland mit einem größeren Aufwand verbunden ist und es einer besonders starken Motivation bedarf, um diesen Aufwand auf sich zu nehmen. Die Identifikation mit den Zielen des Pegida Protests dürfte deshalb stärker ausgeprägt sein.

3.2 Wie fremdenfeindlich sind die Dresdner?

Und wie verhält es sich mit den Dresdnern selbst? Wie stellt sich bei ihnen die Fremdenfeindlichkeit dar im Vergleich zu den Verhältnissen in westdeutschen Städten? Zu vergleichbaren Entwicklungen des Protests mit einer derart hohen Zahl an Demonstranten wie in Dresden kam es nirgends. Als Ende 2014 in Dresden 10.000 auf die Straße gingen und z.B. in Düsseldorf ähnliche Proteste angekündigt wurden, ging die Polizei von 2.000 Personen aus, aber nur 400 kamen.¹⁷ Inzwischen ist die Zahl in Düsseldorf sogar auf 50 Personen geschrumpft. Bedeutet dies – wie oftmals angenommen –, dass die Ausländerfeindlichkeit in Dresden weiter verbreitet ist als in westdeutschen Städten?

Aus neueren repräsentativen Bevölkerungsumfragen der wahlberechtigten Bevölkerung spricht wenig dafür, dass dies der Fall ist. Dass es zu viele Ausländer in Deutschland gäbe, meinten im Sommer 2014 in repräsentativen Bevölkerungsumfragen des Verfassers in Dresden fast genauso viele wie in Düsseldorf. Gleiches gilt für die Aussage, dass Kriminalität seltener wäre, wenn es weniger Ausländer gäbe. Selbst in der Wahrnehmung von Asylmissbrauch erwiesen sich die Unterschiede als vernachlässigenswert. Allenfalls in der Bejahung der Aussage, man wohne gern in einer Stadt, in der Menschen aus verschiedenen Ländern leben, zeichneten sich die Dresdner durch eine etwas geringere Aufgeschlossenheit aus.¹⁸

¹⁶ Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung: Rechtsextreme Strukturen, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und bürgerschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus in der Landeshauptstadt Dresden, Bielefeld 2010, S. 109. Die Vergleichsdaten stammen allerdings nicht aus den gleichen Jahren (Dresden: 2010, Sachsen: 2006-2010), so dass eine sinkende Ausländerfeindlichkeit für Dresden womöglich den Eindruck einer stärkeren Abweichung hat entstehen lassen als realiter vorhanden.

¹⁷ Spiegel Online 10.12.2014 (www.spiegel.de/politik/deutschland/pegida-wer-bei-den-aufmaerschen-mitmacht-und-wer-profitiert-a-1007470.html) (letzter Zugriff 23.03.2015).

Fragt man nach der Sympathie für unterschiedliche ethnische Gruppen/Völker, so nehmen in der gleichen Umfrage Muslime – hier repräsentiert durch die Gruppe der Türken – in Dresden zwar eine im Vergleich zu anderen einbezogenen Gruppen eher marginale Stellung ein. Doch ist diese Tendenz nicht stärker ausgeprägt als in Düsseldorf. Von einer Verschlechterung der Beurteilung ethnischer Gruppen ist im Langzeitvergleich seit 1998 (als die Fragen erstmals gestellt wurden) überdies nichts zu erkennen. Von einer steigenden Ausländerfeindlichkeit kann, auch gemessen an anderen Indikatoren, nicht die Rede sein. Im Gegenteil: die Vorbehalte gegenüber Ausländern sind in Dresden wie in Düsseldorf (wie ganz allgemein in der Bundesrepublik) längerfristig gesunken.¹⁹

Dass sich die Dresdner nicht von den Bürgern westdeutscher Städte durch eine größere Ausländerfeindlichkeit unterscheiden, mag angesichts der wiederholten Umfragebefunde über die Ost-West Unterschiede erstaunen. Freilich gilt gewöhnlich auch, dass die Ausländerfeindlichkeit mit zunehmender Ortsgröße abnimmt. Die Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern könnten auf der Großstadtebene daher geringer sein. Des Weiteren ist nicht auszuschließen, dass soziale Erwünschtheitseffekte das Antwortverhalten der Westdeut-

¹⁸ Es handelt sich um postalische Befragungen der Bevölkerung in Dresden und Düsseldorf ab 18 Jahren mit deutscher Staatsbürgerschaft. Die Ausschöpfungsquote lag jeweils etwas über 50 %. Ergänzend ziehen wir eine eigene postalische Befragung aus Hamburg heran. Dass es zu viele Ausländer in Deutschland gebe („stimme voll und ganz zu/stimme eher zu“ auf einer vierstufigen Skala), meinten 2014 in Dresden 45 %, in Düsseldorf 46 % (in Hamburg im Jahr 2011 52 %). Dass es weniger Kriminalität gäbe, wenn es weniger Ausländer gäbe, meinten in Dresden 48 %, in Düsseldorf 43 % (in Hamburg 2011 52 %). Dass die meisten Asylbewerber das deutsche Asylrecht missbrauchen, meinten in Dresden 43 %, in Düsseldorf 39 % (in Hamburg 2011 46 %). Dass man selbst gern in einer Stadt wohnt, in der Menschen aus verschiedenen Ländern leben, äußerten 2014 in Dresden 69 %, in Düsseldorf 83 % (in Hamburg 2011 74 %). Bundesweite Befragungen, die sich auf Telefon- oder face-to-face-Befragungen stützen, haben methodenbedingt (soziale Erwünschtheit) bei vergleichbaren Fragen z.T. etwas geringere Werte erbracht. Von einer überproportional hohen Ausländerfeindlichkeit in den drei Städten ist nicht auszugehen. Zu früheren Dresdner Befunden und Vergleichen siehe K.H. Reuband: Attitudes towards Foreigners in Germany, in: T. Kutsune, Y. Nishijima und H. Adachi (Hrsg.): Socio-Cultural Transformation in the 21st Century? Kanazawa 2007, S. 123 (www.phil-fak.uni-duesseldorf.de/soz-reuband/forschung/leben-in-uesse-ldorf/) (letzter Zugriff 23.03.2015).

¹⁹ Eine entsprechende Publikation zu Dresden und Düsseldorf ist in Vorbereitung. Der langfristige Trend abnehmender Ausländerfeindlichkeit auf der Bundesebene ist u.a. dokumentiert bei O. Decker, J. Kiess und E. Brähler: Die stabilisierte Mitte, Leipzig 2014, S. 44.

schen stärker prägen als der Ostdeutschen.²⁰ Bei Wahl postalischer Befragungen – wie in unserem Fall – sind solche Effekte minimiert.

Dass das Ausländerbild längerfristig positiver geworden ist, muss gegenläufige Trends in der Bewertung spezifischen Gruppen nicht ausschließen. Was sich in Dresden ebenso wie in der Bundesrepublik als Ganzes verändert haben dürfte, ist das Bild des islamistischen Terrorismus. Insbesondere das Vordringen des Islamischen Staates in Syrien und anderen Ländern und die öffentliche Beschwörung der Gefahren, die von heimkehrenden Terroristen ausgehen, dürfte nicht ohne größere Wirkung geblieben sein. Gemessen an der Medienberichterstattung zeigt sich im Verlauf des Jahres 2014 eine steigende Thematisierung des Islam und des Islamismus, und diese Thematisierung ist negativ gefärbt. Desgleichen belegen bundesweite Umfragen, dass die Gefahr, die in Deutschland vom radikalen Islam ausgeht, in der Wahrnehmung der Bevölkerung – nach einer einst rückläufigen Entwicklung – wieder gestiegen ist.²¹ Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass auch der Zustrom von Asylbewerbern und deren Unterbringung das Gefühl der Betroffenheit verändert hat, in Dresden wie anderswo.

So wenig wie man den Einstellungen zu Ausländern eine Prädisposition der Dresdner für die Pegida-Proteste entnehmen kann, so wenig kann man für Dresden eine Sonderstellung aus der Bereitschaft zu Pegida-Protesten ableiten. So gaben in einer forsa-Telefonumfrage der Dresdner Bevölkerung im Januar 2015 3 % der Befragten an, sie hätten sich schon mal an einer Demonstration der Pegida beteiligt. Weitere 8 % konnten sich vorstellen, möglicherweise bei Pegida zu demonstrieren. In der (Online-)Befragung von Donsbach, basierend auf einem Access-Panel (mit leichter Überrepräsentation Jüngerer und leichter Verschiebung politisch nach „links“), bekundeten

²⁰ So bekunden z.B. die Westdeutschen in Umfragen des Instituts für Demoskopie häufiger als die Ostdeutschen, dass Fragen zu Ausländern „heikle Fragen“ seien, bei denen man sich den „Mund verbrennen kann“. Im Fall der Aussage „Es gibt zu viele Moslems in Deutschland“ meinten dies im Jahr 2011 71 % im Westen und 56 % im Osten, 2013 waren es 68 % im Westen und 62 % im Osten (Quelle: Institut für Demoskopie, persönliche Mitteilung).

²¹ Zur Medienberichterstattung siehe Mediatenor: IS schädigt Islambild in den Medien – Franziskus strahlt positiv, Mediatenor vom 22.12.2014; siehe ebenfalls U.M. Krüger: InfoMonitor 2014: Internationale Themen dominieren die aktuelle Berichterstattung, in: Media Perspektiven 2, 2015, S. 91. Zur Wahrnehmung des radikalen Islams als Gefahr im Zeitvergleich in der Bevölkerung siehe u.a. R. Köcher: Die Bürger nicht verachten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.12.2014, S. 8.

ebenfalls 3 % der Dresdner, an Pegida Demonstrationen teilgenommen zu haben. Weitere 10 % gaben an, die Pegida-Ziele uneingeschränkt zu teilen. Sie könnte man als potentielle Teilnehmer des Protests werten.²²

Zusammengenommen summiert sich der Anteil derer, die zur Teilnahme an Pegida Protesten bereit wären, in Dresden auf Werte zwischen 11 % und 13 %. Die bundesdeutschen Zahlen sehen nicht viel anders aus: In einer forsa-Umfrage vom Dezember 2014 gaben 13 % der Bundesbürger an, sie würden sich gegebenenfalls an Protestmärschen gegen die Islamisierung Deutschlands beteiligen, wenn sie in der Nähe ihres Wohnorts stattfänden. In einer EMNID Umfrage vom Dezember 2014 gaben 9 % an, sie würden bei Pegida-Protesten teilnehmen, wenn sie bei ihnen in der Nähe stattfänden. 85 % verneinten dies. Der Rest – rund 6 % – gab sich in dieser Frage unentschieden oder unsicher. In einer weiteren EMNID Umfrage (mit leicht differierender Frageformulierung), ebenfalls von Dezember 2014, gaben 15 % an, sie würden erwägen, bei einem Marsch der Pegida mitzulaufen. Und in einer (Online-)Befragung des Trend-Research Instituts äußerten 13 % der Hamburger, sie würden zu Pegida Demonstrationen gehen, wenn es sie bei ihnen gäbe.²³

3.3 Die soziale Zusammensetzung des Pegida-Protests und des Pegida-Protestpotentials

Als eines der Hauptergebnisse der Vorländer-Studie gilt, dass die Teilnehmer der Demonstrationen in ihrer Soziodemographie einem Querschnitt der Bevölkerung ziemlich nahe kommen. Zwar bildeten die Männer mit drei Vierteln die Mehrheit, bezüglich der Altersstruktur jedoch waren keine besonderen Auffälligkeiten bemerkbar. Die meisten Teilnehmer waren berufstätig und relativ gut ausgebildet. Von einer Überrepräsentation der Unterschicht oder sozial Entwurzelter – wie gelegentlich vermutet – war nichts zu erkennen. In ihrer Bildung und ihren Einkommens-

²² Zur forsa-Umfrage siehe: www.stern.de/politik/deutschland/stern-interview-mit-forsa-chef-guellner-89-prozent-der-dresdner-lehnen-pegida-ab-2172564.html; Donsbach, a.a.O.

²³ Die forsa-Umfragen wurden für die Zeitschrift Stern durchgeführt, die Hamburg Umfrage für Radio Hamburg, die EMNID Umfragen für Focus und n-tv. (www.stern.de/politik/deutschland/fuer-pegida-auf-die-strasse-13-prozent-der-deutschen-wuerden-mitmarschieren-2163092.html; www.focus.de/politik/deutschland/protest-gegen-angebliche-islamisierung-umfrage-so-viele-deutsche-wuerden-mit-pegida-demonstrieren_id_4360367.html; www.n24.de/n24/Nachrichten/Politik/d/5884650/15-prozent-der-deutschen-wuerden-mitlaufen.html; www.hamburg-zwei.de/Hamburg/Nachrichten/2015/Januar/Steigende-Kriminalitaet-durch-Zuwanderer-in-Hamburg-Pegida-Umfrage; letzter Zugriff 23.03.2015).

verhältnissen erwiesen sich die Befragten sogar als überdurchschnittlich privilegiert.

Dass die Männer eine Mehrheit der Pegida-Teilnehmer bilden, ist nicht nur ein Ergebnis der Vorländer Untersuchung. Es zeigt sich auch in den anderen Untersuchungen. Und die Beobachtungen der Demonstranten, wie sie Rucht angestellt hat, legen nahe, dass dieses Ergebnis nicht Folge einer selektiven Teilnahme an den Befragungen ist, sondern die Realität widerspiegelt.²⁴ Bezüglich des Alters stimmen die anderen Pegida-Untersuchungen ebenfalls weitgehend mit der Vorländer-Studie überein: bei Vorländer liegt der Durchschnitt bei 48 Jahren, bei Patzelt bei 46 Jahren, bei Walters (Online-)Befragung bei 44 Jahren. Lediglich die Befragten in der Online-Befragung von Rucht erweisen sich als etwas jünger. Daten aus Beobachtungen liegen im Fall des Alters dauerlicherweise nicht vor.²⁵

Dass die besser Gebildeten unter den Teilnehmern überrepräsentiert sind, wird durch die Untersuchungen von Rucht und Walter bestätigt – die höher Gebildeten sind (nicht zuletzt aufgrund der Online-Befragung) hier sogar noch stärker präsent: Bei Vorländer wiesen 28 % einen Hochschulabschluss auf, bei Rucht sind es 35 %, bei Walter 40 % (Patzelt stellte bedauerlicherweise keine Frage zur Bildung). Auch wenn generell gilt, dass sich besser Gebildete überproportional an Umfragen beteiligen: dass diese Tendenz unter den Pegida Teilnehmern so stark ist, um die Relationen in ihr Gegenteil zu verkehren, halten wir für unwahrscheinlich.²⁶

²⁴ Womöglich sind sogar die Frauen etwas kooperationsbereiter als die Männer. 80 % der Demonstranten waren nach den Beobachtungen von Rucht Männer. Unter denen, die von Vorländer befragt wurden, waren es 75 % und bei Patzelt 72 %.

²⁵ Man hätte für jeden Kontaktierten das Alter schätzen können. Eine Alternative wäre es, (Presse-)Fotos zugrundezulegen. Jedoch sind die meisten Überblickfotos auf die Personen ausgerichtet, die an der Spitze des Zuges marschieren. Und diese dürften für die Mehrheit der Teilnehmer nicht repräsentativ sein. Rucht zufolge verhielten sie sich eher konfrontativ (S. 8). Deren Durchschnittsalter liegt, eigenen Schätzungen zufolge (auf der Basis eines Foto-Ratings von N=353 Personen), bei ca. 36 Jahren. Selbst wenn es eine disproportionale Beteiligung mancher Altersgruppen an der Befragung gegeben haben sollte – wie einige der Autoren meinen – , dass sich daraus größere Auswirkungen auf die inhaltlichen Befragungsergebnisse ergeben, ist unwahrscheinlich: wie man der Patzelt-Untersuchung entnehmen kann, sind die Korrelationen zwischen Alter und den jeweiligen Einstellungen relativ schwach (sie liegen meist unter $r=.30$). Vgl. Patzelt, a.a.O., S. 17ff.

²⁶ Eine Möglichkeit der Schätzung ergibt sich über den ALLBUS über den Anteil der Personen mit Abitur, Fachhochschule oder Hochschulabschluss: Im Mikrozensus 2011 belief er sich in Ostdeutschland auf einen Wert von 21,6 %, unter den Befragten des ALLBUS von 2012 von 27,6 %. Danach müsste

Dass sich die Pegida-Teilnehmer durch eine höhere Bildung auszeichnen und nicht überproportional aus Älteren bestehen, steht in einem gewissen Widerspruch zu den üblichen Befunden zur Ausländerfeindlichkeit und Islamfurcht. Danach würde man erwarten, dass niedrige Bildung und höheres Alter negative Bewertungen von Ausländern begünstigen.²⁷ Bedeutet dies, dass in Dresden andere Verhältnisse vorherrschen? Wir können der Frage auf der Grundlage der von uns im Sommer 2014 durchgeführten Umfrage der Dresdner Bevölkerung nachgehen. Legt man hier als Indikator die Sorge zugrunde, dass immer mehr Asylanten nach Dresden kommen, oder die Aussage, es leben zu viele Ausländer in Deutschland, so zeigt sich: diejenigen, die sich besorgt oder tendenziell ausländerfeindlich erweisen, sind tatsächlich – in Übereinstimmung mit der Literatur – überdurchschnittlich Ältere und schlechter Gebildete. Männer und Frauen unterscheiden sich nicht.²⁸

Würde man nicht die Einstellung zu Ausländern zum Maßstab machen, sondern das Gefühl des Zukunftspessimismus und der Deklassiertheit, würde sich an diesen Befunden nichts ändern. Neben den schlechter Gebildeten sind auch hier die Älteren eher als die Jüngeren pessimistisch. Desgleichen nehmen sie eher eine westdeutsche Zurückweisung wahr („Für die meisten Westdeutschen sind die Ostdeutschen Bürger zweiter Klasse“). Offensichtlich gilt, dass sich innerhalb des Kreises der potentiellen Pegida-Teilnehmer die Männer, die besser Gebildeten und die Jüngeren überproportional zum aktiven Protest bereitfinden und dies in derart starkem Maße, dass sie – wie den Pegida-Umfragen zu entnehmen ist – das

man im Fall dieser Bildungsgruppe den Anteil in der Befragung um rund 22 % reduzieren, um auf den „wahren“ Wert des Mikrozensus zu gelangen. Zum ALLBUS siehe M. Wasmer, M. Blohm, J. Walter, E. Scholz und R. Jutz: Konzeption und Durchführung der „Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften“ (ALLBUS) 2012. GESIS Technical Reports. Mannheim 2014, S. 68.

²⁷ Vgl. z.B. Decker et al. a.a.O., S. 38 ff.

²⁸ Die verwendeten Indikatoren lauten: „ich mache mir Sorgen, dass ... immer mehr Asylanten nach Dresden kommen“, „In Deutschland leben zu viele Ausländer“ – „Wenn es weniger Ausländer gäbe, würde es weniger Kriminalität geben“ – „Die meisten Asylbewerber missbrauchen das deutsche Asylrecht“ – „Ich lebe gern in einer Stadt, in der Menschen aus verschiedenen Ländern leben“. Berechnet man die Einstellung zu Ausländern auf der Basis einer Skala (in welche die genannten Variablen eingehen) im Rahmen einer multivariaten Analyse, so ergibt sich als standardisierter Regressionskoeffizient für Bildung ein Wert von $\beta = -.36$ ($p < 0,001$), Alter $.12$ ($p < 0,01$) und Geschlecht $-.03$ (n.s.) ($R^2 = .17$). Das sozialstrukturelle Muster, das auch aus anderen Untersuchungen zu den Determinanten der Fremdenfeindlichkeit bekannt ist, wird auch hier reproduziert.

Bild des Protests bestimmen. Die überproportionale Neigung der besser Gebildeten, sich an den Demonstrationen zu beteiligen, dürfte ihrer hohen – von den jeweiligen Issues unabhängigen – allgemeinen Bereitschaft zur politischen Partizipation entsprechen.²⁹

Für die Analyse des Pegida-Protests bedeutet der Befund: Man kann aus der Zusammensetzung der Teilnehmer nicht zwangsläufig auf den Kreis derer schließen, die durch Asylantenzuzug oder den radikalen Islam beunruhigt sind. Es muss zwischen der Erklärung der Unzufriedenheit und der Erklärung der Bereitschaft zum Protest unterschieden werden. Den Pegida Protest als Aufstand der Mittelschicht zu werten und die Ursachen in Spezifika der Mittelschichtbedingungen zu verorten, wie mitunter geschehen, wäre eine zu einfache Erklärung.

3.4 Politische Orientierungen und Wahlverhalten

Kennzeichnend für die Befragten der Vorländer-Untersuchung war, dass sie gegenüber der etablierten Politik eine große Distanz äußerten. Die Mehrheit fühlt sich, wie die Antworten auf eine entsprechende Frage ergaben, keiner Partei verbunden. Dies kann man – wie es die Autoren tun – als Zeichen einer Entfremdung von den etablierten Parteien und als Ausdruck von Politikverdrossenheit werten. Ob es sich um ein spezifisches Charakteristikum der Pegida Teilnehmer handelt, ist u.E. freilich eine andere Frage: zieht man bundesweite Daten für Ostdeutschland heran, erweisen sich die Unterschiede zur Bevölkerung als relativ gering.³⁰ Weitaus größer sind die Un-

terschiede zwischen den Ost- und Westdeutschen. Darin spiegelt sich nicht zuletzt die Tatsache wieder, dass die Westdeutschen – im Gegensatz zu den Ostdeutschen – über eine längere Zeit hinweg eine Parteiloyalität an das westdeutsche Parteiensystem aufgebaut und in den Wahlen wiederholt bekräftigt haben.³¹

Dass die Pegida-Befragten der etablierten Politik in hohem Maße distanziert gegenüber stehen, zeigt nicht nur die Vorländer-Untersuchung. Auch die anderen Erhebungen belegen dies und verweisen auf ein hohes Maß an Misstrauen gegenüber den politischen Institutionen und den Massenmedien. Umso bemerkenswerter ist es, dass sich weniger als ein Fünftel der Befragten in der Untersuchung von Rucht bei der letzten Landtags- und Bundestagswahl der Stimme enthielten. Dies ist ein Wert, der sogar unter dem Nichtwähleranteil der letzten sächsischen Landtagswahl liegt. Die Zusammensetzung der Stichprobe könnte für dieses Ergebnis mitverantwortlich sein: schließlich handelt es sich um eine Online-Befragung, und in dieser sind die besser Gebildeten in hohem Maße überrepräsentiert. Es kann aber ebenfalls nicht ausgeschlossen werden, dass die Pegida-Teilnehmer tatsächlich politisch nicht derart desinteressiert und desillusioniert sind, als dass sie sich der Wahlen enthalten. Befunde der Walter-Untersuchungen deuten in diese Richtung.³²

Möglicherweise bot für viele Pegida-Teilnehmer auch die Wahl der AfD eine Möglichkeit, ihre Präferenzen in das Parteiensystem einzubringen: Es ist die AfD, die von ihnen bei den letzten Wahlen bevorzugt wurde, und es ist die AfD, der sie auch in der Zukunft am ehesten die Stimme geben würden. So bekundeten in der Patzelt-Untersuchung 57 % der Befragten, dass sie sich für die AfD entscheiden würden, wenn Bundestagswahl wäre. Hinweise für rechtsradikale Wahltraditionen können den Befragungen nicht entnommen werden. Lediglich 4-5 % der Befragten stimmten bei den letzten Wahlen für

²⁹ Siehe zur Handlungsbereitschaft u.a. C. Lüdemann: Politische Partizipation, Anreize und Ressourcen. Ein Test verschiedener Handlungsmodelle und Anschlussstheorien am ALLBUS 1998, in: A. Koch, M. Wasmer und P. Schmidt, Hrsg., Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen 2001, S. 55; S.H. Barnes, M. Kaase et al: Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies. Beverly Hills/London 1979, S. 167ff., 375.

³⁰ Die Autoren stellen keinen Vergleich mit Bevölkerungsumfragen an. Man kann jedoch in etwa vergleichbare Fragen aus dem SOEP oder ALLBUS heranziehen. Danach gaben im SOEP im Jahr 2012 69 % der Ostdeutschen an, keiner Partei zuzuneigen, 2011 waren es mit 72 % sogar noch mehr Personen. Im ALLBUS wurde die Frage zuletzt 2008 gestellt. Hier waren es 61 %, die sich in gleicher Weise äußerten. In Westdeutschland waren es im gleichen Jahr lediglich 38 % (eigene Berechnungen). Die Frageformulierung im SOEP und im ALLBUS lautet: „Viele Leute in der Bundesrepublik neigen längere Zeit einer bestimmten Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist es bei Ihnen: Neigen Sie einer bestimmten Partei in Deutschland zu?“. In der Vorländer-Untersuchung lautet die Frage „Fühlen Sie sich einer politischen Partei verbunden?“ 62 % gaben daraufhin keine Parteiverbundenheit an. In der Patzelt-Untersuchung wurde anders gefragt, vorgegeben war das Statement „Ich fühle mich

durch unsere Parteien und Politiker vertreten.“ 75 % stimmten der Aussage auf der fünfstufigen Skala „gar nicht“ zu.

³¹ Zur Frage der Entwicklung der Parteiloyalität siehe J.W. Falter, H. Schoen und C. Caballero: Dreißig Jahre danach: Zur Validierung des Konzepts „Parteiidentifikation“ in der Bundesrepublik, in: M. Klein, W. Jagodzinski, E. Mochmann und D. Ohr, Hrsg., 50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland. Wiesbaden 2000, S. 233-271.

³² Walter kommt auf der Basis von Gruppendiskussionen zu dem Befund, dass Nichtwähler oder politisch Desinteressierte sich unter den Befragten selten finden. Allerdings sind auch hier methodisch bedingte Selektionseffekte nicht ausgeschlossen (politisch Interessierte könnten sich in bevorzugter Weise zu entsprechenden Gruppendiskussions-Veranstaltungen bereitgefunden haben).

die NPD.³³ Wie es sich mit dem früheren Wahlverhalten der AfD Wähler und der Wähler anderer Parteien verhält, wie sehr unter ihnen konservative und rechte Parteien Popularität genossen, muss offen bleiben. Entsprechende Fragen wurden nicht gestellt.

In der Selbstpositionierung auf dem Links-Rechts-Kontinuum stufte sich ein breiter Teil – rund die Hälfte der Befragten in der (Online-)Untersuchung von Rucht – in der „Mitte“ und nicht „Rechts“ ein. Auch in der Untersuchung von Patzelt ordnete sich rund die Hälfte (52 %) der Befragten in der „Mitte“ ein, politisch eher oder ganz rechts stufte sich eine Minderheit (von 38 %) ein. Selbst wenn man einräumt, dass sich der harte Kern der „Rechten“ vermutlich nicht an der Befragung beteiligte – dass er derart groß ist, um das Bild der Pegida Teilnehmer grundlegend zu verändern, ist unwahrscheinlich. Gewiss ist nicht ausgeschlossen, dass sozial erwünschte Antworttendenzen das Bild trüben und rechte Positionen im Interview nicht eingestanden wurden – aber das wäre eher in der Patzelt-Untersuchung zu erwarten, nicht in der anonymen schriftlichen Online-Befragung von Rucht.

Wir halten es für wahrscheinlich, dass sich in der Selbsteinstufung reale Selbstzuschreibungen widerspiegeln. Zum einen, weil „rechte“ Einstellungen in Fragen des Umgangs mit Ausländern eine Selbsteinstufung als „links“ oder „Mitte“ nicht ausschließen müssen: Es reicht, dass bei anderen Themen – wie der Beurteilung von Kapitalismus und Sozialismus – „linke“ Positionen eingenommen werden und diesen das höhere Gewicht eingeräumt wird.³⁴ Zum anderen, weil die Pegida von vielen Ostdeutschen (häufiger als im Westen) politisch in der Mitte verortet wird: 36 % vertraten diese Ansicht in einer bundesweiten (Online-)Befragung, 41 % sahen sie eher

rechts.³⁵ Die Zuschreibung einer Mittel-Position erlaubt es Personen, die sich selbst in der Mitte (oder gar links) sehen, den Demonstrationen anzuschließen. Sie müssen sich unter diesen Umständen nicht zwangsläufig als Unterstützer einer „rechten“ Bewegung verstehen (und dürften umso distanzierter derartigen Etikettierungsprozessen in der Öffentlichkeit gegenüberstehen).

Dass die Pegida-Teilnehmer im Vergleich zur Bevölkerung in der Selbsteinstufung eher rechts angesiedelt sind, kann gleichwohl nicht bezweifelt werden: In der Untersuchung von Patzelt stuften sie sich auf einer fünfstufigen Skala durchschnittlich rechts von der Mitte ein (3.2). Demgegenüber stufen sich die Ostdeutschen, nimmt man den ALLBUS 2014 zum Maßstab und rechnet die dort verwendete 10er Skala um, eher links von der Mitte ein (2.3).³⁶ Mögen die Pegida-Teilnehmer auch in ihrem soziodemographischen Profil den „Normalbürgern“ entsprechen, in ihrer politischen Selbsteinstufung sind sie es nicht. Sie sind, gemessen an ihren Wahlpräferenzen und ihrer politischen Selbsteinstufung, konservativ bis rechts, aber nicht rechtsradikal.

3.5 Motive des Pegida-Protests und Einstellungen zu Ausländern und dem Islam

Als einer der bedeutendsten Befunde der Vorländer-Untersuchung gilt, dass generalisierte, diffuse Islamfeindlichkeit nicht als Hauptgrund für die Teilnahme an der Demonstration genannt wurde. Die Begründungen, die auf die offene Frage hin gegeben wurden, waren vielmehr in erster Linie auf die vorherrschende Politikpraxis ausgerichtet und reichten von der Kritik an der Integrationspolitik bis zur Kritik an der Außen- und Sicherheitspolitik. Am häufigsten wurde eine allgemeine empfundene Distanz zwischen Volk und Politikern thematisiert, gefolgt von einer Kritik an der Asylpolitik.

Dass bloße Islamfeindlichkeit unter den Antworten eine untergeordnete Rolle einnahm, hat in der öffentlichen Rezeption der Studie Erstaunen hervorgerufen (und war Anlass für Zweifel an der Methodik der Untersuchung). Schließlich hätte man bei einer Bewegung, die sich gegen die „Islamisierung“ wendet, islam- und ausländerbezogene Argumente primär als Grund der Teilnahme erwartet. Dennoch wäre es verfehlt zu meinen, Einstellungen zum Islam, Aus-

³³ Neuberechnungen unter Ausklammerung der Nichtwähler. Basis: Rucht-Untersuchung, a.a.O., S. 21.

³⁴ In einer unserer Dresdner Befragungen (aus dem Jahr 1998) übte in der linearen Regressionsanalyse das Item „Der Sozialismus ist eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde“ einen Effekt auf die Links-Rechts-Einstufung von $\beta = -.35$ aus, das Item „In Deutschland leben zu viele Ausländer“ $\beta = .27$, die Befürwortung der Todesstrafe (als Indikator für Law-and-Order Orientierungen) $\beta = .09$ (alle Werte statisch signifikant, jeweils unter Kontrolle von Geschlecht, Alter und Bildung). Vermutlich würde das Muster im Wesentlichen auch dann bestehen bleiben, wenn man weitere Variablen zur Einstellungsmessung heranziehen würde. Zur Frage der politischen Überzeugungen und der Links-Rechts Einstufung siehe auch H. Best (und Koautoren): Politische Kultur im Freistaat Thüringen, Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2012. Jena 2012, S. 88. (www.thueringen.de/imperia/.../thueringen-monitor_2012_mit_anhang.p, (letzter Zugriff 23.03.2015).

³⁵ Vgl. die Ergebnisse einer bundesweiten (Online) Befragung von YouGov vom Dezember 2014: <http://yougov.de/news/2014/12/19/umfrage-pegida-stosst-im-westen-auf-ahnliche-sympa/> (letzter Zugriff 23.03.2015).

³⁶ Patzelt, a.a.O., S. 7; ALLBUS 2014, Gesis Nr. 5240 (Pre-Release); eigene Berechnungen.

ländern und Asylanten, hätten in der Vorländer-Untersuchung keine Bedeutung für die Teilnahme.

So kann man der Untersuchung entnehmen, dass es auf Seiten der Befragten nicht an Vorbehalten gegenüber der Migrations- und Asylpolitik fehlt. Nur wurden diese in das Gewand der Kritik der politischen Verhältnisse gekleidet (und in den publizierten Tabellen entsprechend klassifiziert). Gewiss hätte man mit weiteren Fragen die Orientierungen gegenüber Politik, Migration und Asylanten noch genauer eingrenzen können. Dies aber hätte eines erweiterten Fragebogens bedurft, und dieser hätte sich bei einer Kurzbefragung am Ort der Demonstration kaum als praktikabel erwiesen. Entscheidend an dieser Stelle ist: die Vorländer-Untersuchung belegt eine weitverbreitete Distanz zur etablierten Politik. Sie ist mit ein Grund für die Dynamik des Protests. Islamfeindlichkeit allein ist nicht der Motor, der die Pegida-Demonstrationen vorantreibt.

Wie es sich mit den Einstellungen zum Islam, zu Migranten und der Asylpolitik im Einzelnen verhält, kann man den anderen Untersuchungen entnehmen. Sie haben allerdings das Problem, nur wenig Vergleiche mit den Einstellungen in der Gesamtbevölkerung zu erlauben. Einzig Rucht bietet dies durch Übernahme einzelner Fragen aus der „Mitte-Studie“ des Leipziger Teams um Oliver Decker, Johannes Kiess und Elmar Brähler. Doch die Ergebnisse in dem vorliegenden Bericht sind wenig geeignet, das spezifische Einstellungsprofil der Pegida Teilnehmer genauer zu beschreiben. Zum einen wird der ungleichen sozialen Zusammensetzung der beiden Populationen – insbesondere in Fragen der Bildung – in der Analyse nicht Rechnung getragen.³⁷ Zum anderen wird ein Vergleich mit Gesamtdeutschland angestellt. Würde man den Vergleich mit Ostdeutschland unternehmen, wären einige der Unterschiede reduziert oder gar aufgehoben. Die Pegida-Befragten wären in Fragen der Fremdenfeindlichkeit weniger abweichend als zunächst beschrieben. Dies mag bei anderen Themen anders sein.³⁸ Wie stark die Unterschiede ausgefallen

wären, hätte man sich bei den gleichen Fragen anstelle einer Online-Befragung anderer Form der Befragung bedient, muss ungeklärt bleiben.

Angesichts der Vergleichsdefizite verbleibt als Option im Wesentlichen nur die Analyse der Antworten auf entsprechende Fragen und deren Konfigurationen. Sie ergibt ein gemischtes Bild. Danach kann von einer generalisierten Ausländerfeindlichkeit und von Rassismus bei der Mehrheit der Befragten nicht die Rede sein. So spricht sich in der Untersuchung von Rucht z.B. nur eine Minderheit dafür aus, dass die Zuwanderung von Muslimen nach Deutschland untersagt werden sollte. Auch meinen nur wenige, sich durch die Muslime manchmal wie Fremde im eigenen Land zu fühlen. Andererseits meinen fast alle, man solle den Bau öffentlich sichtbarer Moscheen in Deutschland einschränken.³⁹

Ein ähnliches Bild gemischter Orientierungen zeigt sich in der Patzelt-Untersuchung: so wird der Zuzug von Ausländern und Asylbewerbern nicht per se als unzulässig negiert, man ist jedoch der Meinung, dass deren Zahl zu hoch ist. 73 % der Befragten stimmten dem Statement („sehr“ oder „eher“) zu, dass Deutschland weiterhin politisch verfolgte Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge aufnehmen solle. In Bezug auf Asylbewerber als Gesamtheit jedoch vertrat eine Mehrheit die Ansicht, dass Deutschland zu viele aufnehme. Alles in allem schätzt Patzelt auf der Grundlage seiner Umfrage nicht mehr als ein Drittel als rechtsnational-xenophob ein.⁴⁰

4. Schlussbemerkungen

Gemessen an der Zahl der Demonstranten erreichte Pegida ihren Höhepunkt zu Beginn des neuen Jahres. Mit dem Rücktritt des Pegida-Mitbegründers Lutz Bachmann und dem Auseinanderfallen in zwei Gruppen mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten – Kampf gegen Islamisierung einerseits, direkte Demokratie andererseits – schien das Ende der Pegida besiegelt. Doch das vorgeseigte Ende ist nicht eingetreten. Nachdem der Mitbegründer Bachmann wieder in das Pegida-Leitungsteam eingetreten ist und die Furcht vor Anschlägen wieder verblasst ist (zwischenzeitlich war eine Demonstration aus Furcht davor verboten worden), hat sich die Zahl der Demonstranten wieder erhöht. Waren es zunächst nur 2.000 Teilnehmer, stieg die Zahl in den folgenden Wochen auf 4.800, 6.500 und am 16.03.2015 gar auf 7.700. Die zwanzigste Demonstration am 23.03.2015

³⁷ In der Rucht Untersuchung haben 35 % ein abgeschlossenes Studium, in der Vergleichsuntersuchung in der Bevölkerung sind es 10 % (Decker et al., a.a.O., S. 30). Wenn höhere Bildung mit einem positiven Ausländerbild einhergeht, könnte sich der Unterschied zur Bevölkerung bei entsprechender Gewichtung verstärken.

³⁸ Die größten Unterschiede bei Rucht ergeben sich bei dem Satz, man solle endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben. Ein hoher Stellenwert nationaler Orientierungen findet sich auch bei Donsbach. Es bleibt freilich eine offene Frage, wie sehr dies eine rein nationalistische Orientierung bedeutet oder im Kontext der Zuwanderung und der Euro-Krise als Betonung nationaler Interessen zu sehen ist.

³⁹ Rucht, a.a.O., S. 29f.

⁴⁰ Patzelt, a.a.O., S. 19, 27.

erbrachte zwar wieder einen Rückgang auf 5.500 Personen.⁴¹ Doch ob damit eine neue Entwicklung eingeschlagen ist, ist eine offene Frage.

Welche Entwicklung die Pegida in der Zukunft auch nehmen wird – eines ist sicher: das Unbehagen, das viele Menschen dazu brachte, sich den Demonstrationen anzuschließen, wird in der einen oder anderen Form weiter bestehen bleiben und eine Herausforderung für Gesellschaft und Politik bedeuten. Der steigende Zustrom von Asylbewerbern wird vermehrt Zündstoff liefern: Neuere Schätzungen gehen von bis zu 550.000 Asylbewerbern für das Jahr 2015 aus⁴², Probleme der Unterbringungen vervielfachen sich. Kommt es unter dem Druck von Handlungszwängen zu kurzfristigen Maßnahmen der Unterbringung ohne Berücksichtigung lokaler Besonderheiten – wie teilweise geschehen –, sind Konflikte mit der Bevölkerung vorprogrammiert.⁴³ Ob von dieser Entwicklung vor allem Ostdeutschland betroffen sein wird oder auch Westdeutschland, ist eine offene Frage und ebenso, ob sich aus dem issue-spezifischen Thema der Migration eine steigende, generalisierende Politikverdrossenheit entwickeln könnte.⁴⁴

⁴¹ Vgl. Spiegel-Online (www.spiegel.de/politik/deutschland/pegida-schafft-sich-ab-a-1015510.html; <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/pegida-mehr-teilnehmer-und-ein-termin-in-berlin-a-1022668.html>); MDR- Online (www.mdr.de/nachrichten/pegida-dresden230_zc-e9a9d57e_zs-6c4417e7.html; letzter Zugriff 23.03.2015).

⁴² Die Welt Online 22.03.2015 (www.welt.de/politik/deutschland/article138655241/Laender-rechnen-mit-bis-zu-500-000-Asylbewerbern.html; letzter Zugriff 23.03.2015)

⁴³ Dazu zählen u.a. die Nichtberücksichtigung der Relation von Asylbewerberzahlen und Einwohnerzahlen, Falschinformationen über die zukünftige Unterbringung und die Herkunft der Asylbewerber etc. Vgl. u.a. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.03.2015, S. 4; Dresdner Neue Nachrichten (www.dnn-online.de/pima/web/pima-nachrichten/detail/-/specific/80-Asylbewerber-ziehen-in-Ex-Forstschule-1816156786); Geiges et al., a.a.O.

⁴⁴ Das derzeitige politische Klima ist in dieser Frage im Vergleich zu früher zumindest nicht schlechter, im Gegenteil: das globale Institutionenvertrauen ist in den letzten Jahren – auch gegenüber der Politik – gestiegen. Vgl. T. Petersen: Anfang vom Ende der Politikverdrossenheit? Dokumentation zum Beitrag in der FAZ vom 19.03.2014 (www.ifd-allensbach.de/.../FAZ_Ma_rz_2014_Politikverdrossenheit.pdf, letzter Zugriff 23.03.2015). Institut für Demoskopie: Roland Rechtsreport 2015. Allensbach 2015, S. 18 (www.roland-konzern.de/presse/publikationen/rolandrechtsreport/rolandrechtsreport.jsp); siehe zur Frage des Wandels und den soziokulturellen Determinanten und Erscheinungsformen auch K.H. Reuband: Vertrauen in die Polizei und politische Institutionen, 1984-2011, in: Soziale Probleme, 23, 2012, S. 5-39 (www.soziale-probleme.de/).